

Die trügerische Verheißung

Von der Geburt des Internets zum neuen Autoritarismus

Von Fred Turner

Der David des Mikrochips“, sagte Ronald Reagan 1989, „wird den Goliath des Totalitarismus zu Fall bringen.“ Er sprach einige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer vor tausend britischen Würdenträgern in Londons historischer Guildhall. Man stehe an der Schwelle „einer neuen Ära in der Menschheitsgeschichte“, die „Frieden und Freiheit für alle“ bringen würde, rief Reagan aus. Der Kommunismus zerfalle, genau wie vor ihm der Faschismus. Bald würden dank der Innovationen des Silicon Valley überall auf der Welt liberale Demokratien aufblühen. „Ich glaube“, sagte er, „dass sich die Kommunikationsrevolution – mehr als Armeen, mehr als Diplomatie und mehr als die besten Absichten demokratischer Nationen – als die stärkste Macht zur Förderung der menschlichen Freiheit erweisen wird, die die Welt je sah.“

Damals dachte so gut wie jeder, Reagan habe recht. Das 20. Jahrhundert war von Medien dominiert worden, die Millionen Menschen gleichzeitig mit dem gleichen Material belieferten – von Radio und Zeitungen, Filmen und Fernsehen. Diese Art von Top-down-Massenmedien vom Typ Eines-für-viele hatte es Orwells „Big Brother“ ermöglicht, sich an der Macht zu halten. Jetzt hingegen wurden die Amerikaner des Internets gewahr. Sie glaubten, es werde leisten, was frühere Medien nicht leisten konnten: Es würde die Menschen befähigen, für sich selbst zu sprechen, im unmittelbaren Kontakt miteinander, und das weltweit. „Wir haben es jetzt mit echter Individualisierung zu tun“, schrieb Nicholas Negroponte, Professor am MIT, 1995 in seinem Bestseller „Being Digital“. Unternehmen, Branchen, ja sogar ganze Nationen würden sich mit dem Rückbau zentralisierter Autoritäten bald gründlich wandeln. Hierarchien würden sich auflösen und an ihre Stelle trete Peer-to-Peer-Kooperation. „Ebenso wenig wie eine Naturgewalt“, schrieb Negroponte, „kann man das digitale Zeitalter aufhalten oder sich ihm verweigern.“

Es ist eine der gravierendsten Paradoxien der gegenwärtigen Situation, dass just jene Kommunikationsweisen, die die Autoritären von heute stark machen, einst gerade dazu erdacht wurden, den Autoritarismus zu besiegen. Dieselben Technologien, die gleichberechtigten Zugang zum politischen Spielfeld ermöglichen sollten, haben Troll-Farmen hervorgebracht und rus-

* Dieser Text ist die deutsche Erstveröffentlichung eines Essays des Autors, der unter dem Titel „Machine Politics“ in der Januar Ausgabe des „Harper's Magazine“ erschienen ist. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Karl D. Bredthauer.

sische Bots zur Verfälschung unserer Wahlen. Die gleichen Plattformen der Selbstartikulation, die uns – wie wir dachten – befähigen würden, Empathie füreinander zu entwickeln und eine harmonischere Gesellschaft zu schaffen, haben sich mittlerweile Gestalten wie der britische Blogger und Trump-Verehrer Milo Yiannopoulos oder eben ein Donald Trump selbst angeeignet, um White Supremacy zu einem gesellschaftsfähigen Gesprächsthema zu machen. Und die gleichen Methoden, sich per Netzwerk zu organisieren, von denen so viele den Sturz übelwollender Staaten erhofften, haben diese Erwartung nicht nur nicht eingelöst – man denke an den Arabischen Frühling –, sondern sogar, ganz im Gegenteil, Autokraten in die Lage versetzt, Protest und Dissens zielgenauer zu überwachen.

Wenn wir uns anschicken, dem Aufstieg des Despotismus zu widerstehen, müssen wir begreifen, wie er zustande kam und warum wir das nicht vorhergesehen haben. Insbesondere müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass der heutige Rechtsextremismus zum Nutznießer eines jahrzehntelangen *liberalen* Bemühens, unsere Medien zu dezentralisieren, geworden ist. Dieses Bemühen nahm seinen Anfang zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, schlug sich später in der Gegenkultur der 1960er Jahre nieder und floriert heute im Hightech-Treibhaus Silicon Valley. Seine Triebkraft ist ein tief verwurzelter Glaube daran, dass die Entfremdung der Massengesellschaft und die totalitäre Bedrohung dahinschmelzen werden, wenn Technik an die Stelle der Politik tritt. Wenn Trump auf Twitter wütet und wenn eine Verbindung zwischen Facebook-Einträgen und dem Völkermord in Myanmar besteht, dämmert uns allmählich, wie furchtbar irrig dieser Glaube war. Ausgerechnet dadurch, dass sie uns ermächtigen, rund um den Globus mit anderen zu kommunizieren, haben unsere sozialen Medien paradoxerweise eine neue Form des Autoritarismus hervorgebracht.

Medien im Krieg gegen die Nazis

Die politische Vision, die uns an diesen Punkt geführt hat, kam in den 1930er Jahren auf, als Reaktion auf den Faschismus. In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg rätselte man in Amerika darüber, wie es dazu kommen konnte, dass Deutschland, eine der kultiviertesten Nationen Europas, in das dunkle Loch des Nationalsozialismus getaumelt war. Heute würden wir für Hitlers Aufstieg wahrscheinlich das wirtschaftliche Chaos und die politischen Grabenkriege der Weimarer Zeit verantwortlich machen. Damals jedoch gaben viele den Massenmedien die Schuld. Wenn Hitler zu den Braunhemd-Kolonnen sprach, die bei Nazi-Fackelzügen Reihe um Reihe an ihm vorbeimarschierten, trug das Radio seine Stimme in jede deutsche Wohnung. Wenn er in seiner offenen Limousine stehend, den Arm zum Nazigruß erhob, durch jubelnde Massen fuhr, waren die Wochenschau-Kameras dabei. 1933 beschrieb die „New York Times“ das Dilemma des Durchschnittsdeutschen so: „Überwältigt von konzertierten Zeitungsschlagzeilen, beschwörenden Stimmen im Radio und Wochenschauberichten oder Illustriertenfotos, die

ihn erregten, und unter dem Einfluss für ihn philosophierender Politiker und Professoren zeigte der einzelne Deutsche sich unfähig, seine Identität zu bewahren. Eine braune Welle hat ihn verschlungen [...]. Sie leben in einem Nazitraum und nicht in der wirklichen Welt.“

Gegen Ende der 1930er Jahre machte Präsident Roosevelt sich auf die Suche nach Mitteln und Wegen, wie die Amerikaner zu einer geschlossenen Haltung gegen den Faschismus bewegt werden könnten. Angesichts des seinerzeitigen Aufschwungs rechtsradikaler Leidenschaften auch in den Vereinigten Staaten war er aus guten Gründen besorgt. Der für Nazideutschland charakteristische Rassismus und Antisemitismus kennzeichnete auch weite Bereiche des amerikanischen Alltags. 1938 erreichte Pater Charles Coughlin, ein katholischer Demagoge, Millionen, wenn er allwöchentlich den Aufstieg des Faschismus feierte und die Existenz der Juden beklagte. Tausende von amerikanischen Faschisten schlossen sich in Gruppen zusammen, die sich beispielsweise „Silver Legion of America“ oder „Crusader White Shirts“ (Weißhemden-Kreuzzügler) nannten. Der „Amerikadeutsche Volksbund“, eine gemeinhin als „Bund“ bezeichnete Pro-Nazi-Organisation mit 25000 Mitgliedern, betrieb auf Long Island ein Sommerlager – „Camp Siegfried“ –, wo junge Männer unter dem Beifall ihrer Freunde und Familien in Nazi-Uniformen aufmarschierten. Am 20. Februar 1939 trommelte der Bund mehr als 22000 Amerikaner im New Yorker Madison Square Garden zusammen, um den Faschismus westlich des Atlantiks willkommen zu heißen. Über den Köpfen der Versammelten forderte ein riesiges Spruchband: „Stoppt die jüdische Vorherrschaft über christliche Amerikaner!“

Bei der Vorbereitung der Vereinigten Staaten auf den Kriegseintritt standen die führenden Politiker vor einem Dilemma: Sie wollten Medien zu dem Zweck einsetzen, die Amerikaner gegen ihre Feinde zu vereinen. Aber gleichzeitig fürchteten viele, ein solcher Einsatz von Massenmedien könnte die Amerikaner in ebensolche autoritären Charaktere verwandeln wie jene, die sie besiegen wollten. Roosevelts Kabinett suchte den Rat einer Intellektuellengruppe, die sich als „Committee for National Morale“ bezeichnete. Gegründet hatte dieses Komitee im Sommer 1940 ein auf persische Kunstgeschichte spezialisierter Gelehrter namens Arthur Upham Pope, der eine ganze Reihe der führenden Köpfe Amerikas zusammenbrachte, unter ihnen die Anthropologen Margaret Mead und Gregory Bateson, die Psychologen Gordon Allport und Kurt Lewin und die Journalisten Edmond Taylor und Ladislav Farago. Zwei Jahre lang beriet das Komitee nun die Roosevelt-Administration. Man produzierte Flugschriften, Zeitungsartikel und Bücher – und legte dabei den Grundstein für unser heutiges Vertrauen in dezentralisierte Medien.

Vom Museum zur virtuellen Realität

Zunächst einmal definierte das Komitee „nationale Moral“ in Kategorien, die in seinen Augen „die demokratische Persönlichkeit“ kennzeichneten. Wie

viele Amerikaner machten sich auch Mitglieder des „Committee for National Morale“ die Ansichten des Anthropologen Franz Boas zu eigen, denen zufolge Kulturen die Persönlichkeit ihrer Mitglieder in vorhersagbarer Weise formen.

Deutsche, dachten sie, neigten zu Unnachgiebigkeit und liebten Autorität, weshalb Hitlers sprichwörtlich bürokratisches Nazi-Regime ein natürlicher Ausdruck des deutschen Charakters sei. Amerikaner seien dagegen offener, individualistischer, ausdrucksstärker, kooperativer und toleranter. Deshalb fühlten sie sich in lockeren Zusammenschlüssen wohler. Welche Art von Propagandamedien auch immer das Komitee befürworten würde, sie musste jedenfalls die Individualität des amerikanischen Bürgers wahren. George Allport resümierte 1942 in einem Essay die Vision des Komitees: „In einer Demokratie“ schrieb er, „kann eine jede Persönlichkeit eine Zitadelle gegen die Tyrannei sein. In der Koordination der Geistes- und der Willenskräfte von einhundert Millionen ‚ganzen‘ Männern und Frauen liegt die Formel für eine unbesiegbare amerikanische Moral.“

Weil das Komitee die Köpfe der Amerikaner eher zu koordinieren als zu dominieren gedachte, wandten seine Mitglieder sich einem Mediensystem zu, das wir heute wohl als Plattform bezeichnen würden: dem Museum. Heutzutage ist es uns eher fremd, Gebäude als Mediensysteme zu betrachten. Das Komitee jedoch dachte über das Museum ganz ähnlich, wie viele heute über virtuelle Realität denken – als umfassende visuelle Umwelt, in der wir unsere Empathie füreinander steigern können. Margaret Mead, die bei Boas studiert und für das American Museum of Natural History in New York gearbeitet hatte, betonte, in einem Museum könnten Menschen zwischen an den Wänden und auf dem Boden verteilten Bildern und Objekten umherwandern und frei entscheiden, welche davon ihnen besonders bedeutsam erscheinen, um sich auf diese zu konzentrieren. Sie könnten den je eigenen Geschmack schärfen, über ihren jeweiligen Platz in der Welt nachdenken – und sie könnten dies gemeinsam tun.

1942 setzte das Museum of Modern Art in New York die Vision des Komitees mit einer breit beworbenen Propagandaausstellung in die Praxis um. Sie lief unter dem Titel „Road to Victory“ – die Straße zum Sieg. Damals boten die meisten amerikanischen Kunstaussstellungen Bilder mehr oder weniger identischen Formats, die in einer Reihe in Augenhöhe gehängt waren. Diese Ausstellung jedoch montierte Bilder jeglicher Größe teils über den Köpfen der Betrachter, teils zu ihren Füßen sowie überall dazwischen. Durch diesen Wald von Fotografien wand sich ein Pfad. Die Bilder waren sorgfältig dazu ausgewählt, patriotische Leidenschaften zu wecken. Nach Ausstellungskritiken zu schließen, erregte aber vor allem die Art, wie sie ausgestellt wurden, die Aufmerksamkeit der Betrachter. Die Ausstellung versuchte, wie ein Kritiker formulierte, nicht die Überzeugungen der Besucher zu „formen“, denn „dieses Wort hat den Beigeschmack des faschistischen Konzepts, die Hirne der Menschen zu beherrschen“. Sie lud die Amerikaner einfach nur ein, den Weg des Krieges entlangzugehen, jeder ganz für sich, und doch kollektiv vereint. Ein anderer Rezensent schrieb: „Es ist dieses unentrinnbare Identitäts-

gefühl – in dem der einzelne Betrachter sich mit dem Ganzen identifiziert –, das so anrührend wirkt.“

Norbert Wiener und die Geburt der Kybernetik

Bis zur ersten Vorführung eines elektronischen Rechners 1946 sollte es noch Jahre dauern, und das Internet lag sogar noch Jahrzehnte in der Zukunft. Doch die Vision des Komitees erlangte zentrale Bedeutung für die Art und Weise, wie wir heute über Computer denken, als einige seiner Mitglieder begannen, mit einem Mathematiker namens Norbert Wiener zusammenzuarbeiten. In den ersten Kriegsjahren versuchten Wiener und seine MIT-Kollegen, ein treffsichereres Flugabwehrsystem zu entwerfen. Flak-Schützen würden feindliche Flugzeuge nur dann verlässlich abschießen können, wenn sie vorhersagen konnten, wo die Flugzeuge sich genau in dem Augenblick befinden, in dem ihre Geschosse deren Flugbahn erreichen. Seinerzeit war es unmöglich, diese Vorhersage mit einiger Sicherheit zu treffen, da sowohl der Flak-Schütze als auch der Pilot unerwartete Bewegungen vollführen konnten. Wiener versuchte dieses Problem zu lösen, indem er sich den Schützen, die Flugabwehrkanone, den feindlichen Piloten und dessen Flugzeug als Bestandteile ein und desselben Systems vorstellte, deren Verhalten sich mathematisch darstellen ließ.

Wieners Flugabwehr-Prognosemodell hat auf dem Schlachtfeld nie funktioniert. Seine Erkenntnis jedoch, dass sich das Verhalten sowohl von Maschinen als auch von Menschen durch Rechenprozesse darstellen lässt, wurde zu einem der Grundprinzipien der Computerwissenschaft. 1946 wurde sie auch Grundprinzip einer neuen politischen Vision. In jenem Jahr reisten Wiener und weitere Mitglieder seiner Forschergemeinde nach New York, um sich mit einer Gruppe von Soziologen und Psychologen zusammenzusetzen, unter denen Mead und Bateson vom Committee for National Morale besonders hervorstachen. Gemeinsam machten die Sozial- und Naturwissenschaftler sich daran, die Vision einer von Computern modellierten und gemanagten liberalen Welt zu entwerfen, eine Vision, die sie dann im Laufe der folgenden sieben Jahre ausarbeiteten und aus der eine der einflussreichsten intellektuellen Bewegungen des 20. Jahrhunderts hervorgehen sollte: die Kybernetik.

1950 veröffentlichte Wiener „The Human Use of Human Beings“ (auf Deutsch: „Mensch und Menschmaschine – Kybernetik und Gesellschaft“), eine äußerst populäre Einführung in das neue Gebiet. Dort schrieb er, dass die moderne Gesellschaft vermittelt einer Reihe von Informationsaustauschvorgängen funktioniert, also genauso wie das Flugabwehr-Prognosemodell. Reporter und Sozialwissenschaftler sammeln Daten; Intellektuelle, Wirtschaftsführer und Politiker verarbeiten diese; und am Ende treten die Systeme, die sie kontrollieren, in Aktion. Wenn er ordnungsgemäß funktionierte, würde ein solcher Prozess naturgemäß zu einem Gleichgewicht führen – das heißt zu gesellschaftlicher Ordnung. Und Computer könnten, so Wiener, dazu beitragen, den Informationsfluss zu verbessern, indem sie Entschei-

dungsträger mit besseren Daten versorgen, und dies obendrein schneller. „Faschisten sowie Machtmenschen in Wirtschaft und Politik [...] bevorzugen eine Organisation, in der alle Anweisungen von oben erteilt werden und von unten keine zurückkommen“, schrieb Wiener. Die Lösung des Totalitarismusproblems bestand für Wiener darin, die Welt als ein System geteilter Kommunikation auf gleicher Augenhöhe zu begreifen, das von Computern modelliert und gemanagt werden kann. Implizit heißt das, der richtige Weg zur Verwirklichung der Vision des Komitees und zur Demokratisierung der Gesellschaft bestehe darin, den Politikern Macht abzunehmen und sie in die Hände von Technikern zu legen.

Die Hippies und die Maschinenwelt

Wieners Schriften beflügelten die Phantasien einer ziemlich unwahrscheinlichen Gruppe junger Amerikaner, die der Gegenkultur der 1960er Jahre entstammten und im weiteren Verlauf einen außerordentlich starken Einfluss auf die Computerbranche gewinnen sollten. Zwischen 1965 und 1973 verließen nicht weniger als 750 000 Amerikaner ihre Wohnungen und Stadtrandhäuschen, um neue kollektive Gemeinschaften zu gründen. Einige dieser Kommunen waren religiös inspiriert, aber bei den meisten handelte es sich um weltliche Zusammenschlüsse junger Leute aus der weißen (oberen) Mittelschicht, die Mainstream-Amerika hinter sich lassen wollten. In Kalifornien wanderten Haight-Ashbury-Flüchtlinge aus San Francisco nordwärts, in die Wälder von Mendocino, oder ostwärts, auf die Hochebenen von Colorado, oder auch in die Berge New Mexicos. Manche ließen sich sogar auf den Höhen rings um die Stanford University nieder, mit Blick auf das heute so genannte Silicon Valley.

An anderer Stelle habe ich diese Pilgergeneration einmal die „Neuen Kommunalisten“ genannt, um sie von Mitgliedern der Neuen Linken zu unterscheiden, mit denen sie oft nicht einverstanden waren. Anders als die jungen Dissidenten, die Parteien gründeten und Manifeste verfassten, hofften die Neuen Kommunalisten, die Politik gänzlich loszuwerden. Sie wollten ihre Gemeinschaften auf eine gemeinsame Geisteshaltung, ein übereinstimmendes Bewusstsein gründen. Viele stimmten mit Charles Reich überein, der in seinem Bestseller „The Greening of America“ (1970) schrieb, die Industriegesellschaft habe nicht mehr zu bieten als „ein Roboterleben, das den Menschen des eigenen Seins beraubt, so dass er stattdessen zur bloßen Rolle, Beschäftigung oder Funktion“ herabsinkt. Reich zufolge bestand die Lösung darin, ein neues Bewusstsein der eigenen Sehnsüchte und Bedürfnisse, der Zusammenhänge zwischen dem eigenen Körper, dem eigenen Geist und der natürlichen (Um-)Welt auszubilden. Ein solches Bewusstsein, erklärte er, könne zum Fundament einer neuartigen Gesellschaft werden, die nichthierarchisch und kollaborativ aufzubauen sei.

Stewart Brand, ein früherer Multimedia-Künstler und zeitweilig Mitglied der „Merry Pranksters“, der psychedelischen Abbruchtruppe Ken Keseys,

verfolgte aufmerksam, wie diese Wanderungsbewegung Gestalt annahm. 1968 bereisten Brand und seine Frau Lois in ihrem alternden Pickup eine ganze Reihe von Kommunen, um sich ein Bild davon zu machen, was die neuen Siedler an Arbeitsgerät benötigten. Noch im Herbst des Jahres eröffneten die Brands einen Laden im kalifornischen Menlo Park, unweit der heutigen Facebook-Zentrale. Dort begannen sie mit der Publikation eines Dokuments, das sich in gegenkulturellen Kreisen allerorten rasch zu einer begehrten Lektüre entwickelte: der „Whole Earth Catalog“. In diesem gedruckten Universum gab es, anders als die Bezeichnung „Katalog“ vermuten ließe, in Wahrheit ganz und gar nichts zu (ver)kaufen. Es handelte sich vielmehr um eine Sammlung von Tipps, welche Geräte für Leute, die aufs Land zurückwollten, von Nutzen sein könnten. Eines dieser Angebote war Norbert Wieners erstes Buch, „Kybernetik“, ein weiteres ein früher, ziemlich massiver Hewlett-Packard-Rechner.

Die Neuen Kommunalisten scheuten und mieden, was Reich die „Maschinenwelt“ nannte, die Welt der Panzer und Bomben und der industriellen Bürokratien, die sie produzierten. Die Aussteiger dachten, die starren Hierarchien von Unternehmen und Staat würden die Beteiligten den eigenen Empfindungen entfremden und sie in den Typus zugeknöpfter Bürokraten verwandeln, die imstande sind, einen Atomkrieg auszulösen. Dessen ungeachtet schätzten die Neuen Kommunalisten Kleintechnologien, mit deren Hilfe sie als unabhängige Bürger in einem Universum der Art zu leben hofften, wie Wiener und das Komitee es beschrieben hatten – einem Universum, in dem alle Dinge per Information miteinander verknüpft waren. Der „Katalog“ verschaffte seinen Lesern Zugang zu Buckminster Fullers geodätischen Kuppeln und Anleitungen zu fast allem, von Billigreisen bis zum Bootsbau. Zu Zeiten, als es mühsam sein konnte, eine Kommune zu finden, wenn man keinen Kommunarden kannte, diente der „Katalog“ bald auch als eine Art Atlas dieser ganz eigenen Welt und ihrer Anliegen. Als anderswo schon die ersten Knoten des Internets geknüpft wurden, fungierte der „Katalog“ wie eine papierne Suchmaschine. Darauf wurden die künftigen Führungsfiguren des Silicon Valley aufmerksam. Steve Jobs, der einige Zeit in einer Kommune namens „All One Farm“ verbracht hatte, sollte den „Katalog“ später als „eine der Bibeln meiner Generation“ bezeichnen. „Er war so etwas wie Google in Taschenbuchform, fünf- unddreißig Jahre bevor Google auftauchte.“ Alan Kay, dessen Entwürfe für eine grafische Benutzeroberfläche mehrere Generationen von Apple-Computern kennzeichnen, sagte einmal, er und seine Kollegen hätten den „Katalog“ als ein Informationssystem eigenen Rechts betrachtet. In diesem Sinne habe er sich „den ‚Whole Earth Catalog‘ als eine Printversion dessen vorgestellt, was das Internet einmal werden sollte.“

Das utopische Sendungsbewusstsein des Silicon Valley

Mitte der 1980er Jahre waren Computer dann klein genug, um auf einen Schreibtisch zu passen, und Nutzer sahen sich in die Lage versetzt, in Echt-

zeit Mitteilungen auszutauschen. Die meisten Kommunen waren eingegangen, aber die Computerindustrie in Nordkalifornien wuchs schnell und hieß frühere Kommunarden bei sich willkommen.

Brand entwickelte zusammen mit Larry Brilliant – der später beim Aufbau von Google.org, der Philanthropie-Abteilung des Konzerns, mitwirkte – ein Online-Diskussionssystem, das als Whole Earth 'Lectronic Link, abgekürzt WELL, Bekanntheit erlangte. Bei WELL wählten die Nutzer sich in einen Server ein, der ihnen die Mitteilungen anderer Nutzer in Diskussions-Threads anzeigte. Der Journalist Howard Rheingold, eines der ersten WELL-Mitglieder, war überzeugt, das System bewirke eine Verschmelzung der Geister, eine Art virtueller Gemeinschaft. „Personal-Computer und die PC-Industrie“, schrieb er später einmal, „wurden von jungen Bilderstürmern geschaffen, die das klägliche Scheitern der LSD-Revolution und das Ausbleiben der politischen Revolution erlebt hatten. Computer fürs Volk war die neueste Schlacht in demselben Krieg.“

Gegen Ende der 1980er Jahre, als Reagan den „David des Mikrochips“ feierte, glaubten im Silicon Valley viele, sie verfügten jetzt über die Ausrüstung, mit der sich die vom „Komitee“ einst ins Auge gefasste personenzentrierte Demokratie herstellen lassen. Das würde mit Hilfe offener Gesprächsräume wie WELL zu schaffen sein, durch technisch hergestellte Öffentlichkeiten, in denen Individuen ihre Erfahrungen zur Sprache bringen, Feedback von ihresgleichen erlangen und ihr Verhalten dementsprechend verändern können. Sie teilten Wieners Glauben, Informationssysteme hätten die Macht, ihre Nutzer frei zu machen. Wie einst das „Komitee“ waren sie zuversichtlich, dass Individuen ihre eigene Gesellschaftsordnung errichten könnten, ohne auf staatliche Top-down-Kontrolle angewiesen zu sein, hätten sie nur die Möglichkeit, sich selbst auszudrücken. Wenn die Ära der Massenmedien uns Hitler und Stalin beschert hätte, würde es das Internet sein, das uns unsere Individualität zurückgibt, so glaubten sie. Endlich würden wir Hierarchie, Bürokratie und Totalitarismus loswerden und endlich – gemeinsam – ganz wir selbst sein können.

Dieses utopische Sendungsbewusstsein hält sich im heutigen Silicon Valley überall hartnäckig. Einen Monat nach dem Amtsantritt Donald Trumps legte Mark Zuckerberg in einem „Building Global Community“ betitelten Facebook-Beitrag seine Gesellschaftsvision dar. Obwohl nur wenige tausend Worte lang, ist dieses Dokument in jeder Hinsicht ebenso ambitioniert wie Wieners „The Human Use of Human Beings“. Wie Wiener stellt Zuckerberg sich eine Welt vor, in der Individuen, Communities und Länder durch ständigen Informationsaustausch – also indem sie miteinander „in Verbindung bleiben“ – eine ideale Gesellschaftsordnung schaffen. „Unsere größten Chancen sind heute global“, schrieb er, etwa „die Ausbreitung von Wohlstand und Freiheit, die Förderung von Frieden und Verständigung, Menschen aus Armut zu befreien und den wissenschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen.“ Das klang ein wenig, als spräche ein Vertreter des State Department zu Zeiten des Kalten Kriegs. „In Zeiten wie diesen“, fuhr Zuckerberg fort, „ist das Wichtigste, was Facebook tun kann, die Entwicklung einer sozialen

Infrastruktur, die die Menschen ermächtigt, eine Weltgemeinschaft aufzubauen, die für uns alle da ist.“

Für Zuckerberg, wie für viele heutige Linke, liegt der Schlüssel zu einer egalitäreren Gesellschaft in der Freisetzung individueller Stimmen, im Ausdruck unterschiedlicher Lebenserfahrungen und der Herausbildung gesellschaftlicher Gruppen aufgrund übereinstimmender Identitäten. Allerdings versucht Facebook diese Gesellschaftsform dadurch möglich zu machen, dass es gewinnorientierte Digitaltechnologien in Privatbesitz entwickelt. Es klingt wie ein spätes Echo der Ziele, die der „Whole Earth Catalog“ vor fünfzig Jahren verfocht, wenn Zuckerberg 2017 schreibt: „Wir verpflichten uns zur ständigen Verbesserung der Mittel, mit denen wir euch die Macht geben, eure Erfahrungen zu teilen.“ Techniker wie Zuckerberg – oder eben Wiener – interessieren sich nicht besonders für Parteipolitik: Wer die Welt verändern will, macht das nicht durch Lobbyarbeit oder Wählengehen, er entwickelt neue Technologien.

Diese Ansicht erweist sich im Silicon Valley allenthalben als enorm gewinnträchtig. Sie rechtfertigt die Vorstellung, gewinnorientierte Systeme eröffneten den besten Weg zu gesellschaftlichem Fortschritt im Alltag, und hat so dazu beigetragen, dass der Ausdruck individueller Erfahrung zum Rohstoff wurde, der industriell gefördert, verarbeitet und verkauft werden kann. Die großen Social-Media-Konzerne – an deren Anfang oft der Traum stand, nach dem Vorbild von WELL virtuelle Gemeinschaften zu schaffen, jetzt aber in großem Stil – sind mittlerweile radikal kommerzialisiert worden und haben sich einer alle Ebenen erfassenden Überwachungstätigkeit verschrieben. Bei WELL hörten die einzelnen Nutzer einander zu und versuchten ein Gespür dafür zu entwickeln, wer sie waren und worin eine Zusammenarbeit bestehen könnte. Heute werden Nutzerdaten automatisch optimiert und in Echtzeit an Werbe- und andere Medienfirmen verkauft. Computer verfolgen Konversationen und extrahieren mit Lichtgeschwindigkeit Gesprächsmuster, die sie profitabel machen. Für das Jahr 2017 vermeldete Facebook einen Werbeertrag von über 40 Mrd. Dollar.

Nicht genug damit, dass die Fähigkeit der sozialen Medien, Kommunikation gleichzeitig einzuwerben und zu überwachen, den Traum einer individualisierten, expressiven Demokratie in eine Quelle der Bereicherung verwandelt hat. Sie hat aus ihm das Fundament einer neuen Art von Autoritarismus werden lassen. Faschisten pflegte man einst an ihrer Neigung zu Gehorsam, Unterwerfung und Selbstausschöpfung zu erkennen, während machtvolle Gefühlsausbrüche in der Öffentlichkeit allein dem Diktator vorbehalten blieben. Aus diesem Grund hoben sowohl Wiener als auch das „Komitee“ an der demokratischen Persönlichkeit ihre Befähigung zu Unabhängigkeit, Selbsterkenntnis und Selbstbewusstsein hervor. Und es war der Hintergrund des Faschismus, gegen den sich während der 1960er Jahre und danach Vietnamkriegsgegner, Bürgerrechtsaktivisten, Feministinnen, Kämpfer für Queer-Rechte und andere Mitglieder der zahllosen Communities, die den Aufschwung der Identitätspolitik vorantrieben, auf ihre individuelle, gelebte Erfahrung als Grundlage ihres Anspruchs auf politische

Teilhabe beriefen. Wenn das Wesen des Totalitarismus in kollektiver Selbstauslöschung bestand, musste die Durchsetzung kollektiver Individualität das Fundament der Demokratie sein.

Von der Neuen Linken zur »Alternativen Rechten«

Heute aber sind Rundfunk und Fernseh-Talkshows, Podcasts, Blogs und natürlich die sozialen Medien Bestandteile eines neuen Medienökosystems, in dem eigene Erfahrungen derart einfach und wirkungsvoll geäußert werden können, dass dies für die Rechte ebenso wie für die Linke zu einem reizvollen Instrument geworden ist. Gestalten wie beispielsweise der „White Supremacy“-Aktivist Richard B. Spencer haben sich den zugleich spielerischen und bekenntnishaften Stil zu eigen gemacht, dessen sich Influencer überall bedienen. Spencer prägte 2008 den euphemistischen Begriff „Alt-Right“, der weißen Nationalisten, Antisemiten, radikalen Frauenhassern und Neonazis als Schutzschild dient. Was diese Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung zusammenhält, ist der gerissene Umgang mit sozialen Medien. Wissenschaftler des Data & Society Research Institute, einer unabhängigen Denkfabrik in New York, haben im Verlauf der vergangenen beiden Jahre dem Aufstieg der Alt-Right online nachgespürt. In einer ganzen Reihe von Berichten enthüllen sie eine Welt, in der sich jene Art Männer im betont aufgeweckten Ich-Erzählerstil von Online-Makeup-Beratern präsentieren, die auf Demos wie 2017 in Charlottesville „Juden werden uns nicht verdrängen!“ grölen. Sie wollen als „ganze“ Persönlichkeiten gesehen werden – geistreich, warmherzig und authentisch, ganz sie selbst eben.

Rebecca Lewis, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin von Data & Society, die derzeit in Stanford promoviert, hat auf YouTube fünfzig dieser rechtsradikalen Influencer vorgestellt. Die meisten gerieren sich als Meister der „Microcelebrity“. Sorgfältig pflegen sie ihren Markenanspruch, stiften – wo immer es geht – zu Aufmerksamkeit erregenden Kontroversen an, treten abwechselnd in den YouTube-Darbietungen der Kollegen auf und optimieren ihre Video-Feeds für Suchmaschinen. Ungeachtet ihrer intellektuellen Differenzen schaffen sie es, wie Lewis betont, den Eindruck zu erwecken, sie bildeten eine einheitliche politische Kraft. Mit ihrem kumpelhaften, jugendbetonten Stil suggerieren sie, so Lewis, ziemlich erfolgreich, dass Antisemitismus und rassistische Krawalle zu den Dingen gehören, für die denkende junge Leute sich überall begeistern sollten.

Viele Alt-Right-Figuren ahmen in ihrem Online-Verhalten ganz bewusst die politische Logik der 1960er-Gegenkultur nach, vor allem die der Neuen Kommunalisten. 2016 klang Spencer in einem Interview mit „The Atlantic“ wie das Echo einer ganzen Generation von Kommunegegründern, als er sagte: „Wir versuchen wirklich, die Welt zu verändern, und wir werden das durch Bewusstseinsveränderung tun und dadurch, dass wir die Art und Weise verändern, wie Menschen die Welt sehen und wie sie sich selbst sehen.“ Der „Daily Stormer“, eine Neonazi-Website, formulierte das Vorhaben weniger

milde: „Man sollte untersuchen, mit welchen Mitteln die Juden in den 1960er Jahren unsere Kultur eroberten [...]. Sie schufen eine Subkultur, indem sie bestimmte Elemente der bestehenden Kultur verseuchten. Genau das ist, was wir erreichen wollen.“

Die identitätsbasierten Bewegungen der Linken haben die amerikanische Kultur außerordentlich wirkungsvoll verändert, und die Alt-Right setzt unverkennbar darauf, deren Erfolg kopieren zu können. Indem sie den Mantel der Revolution für sich beansprucht, kann die Alt-Right protestierend auf die Straße gehen, als wäre Antikolonialismus im Klassenzimmer ein neuer Vietnamkrieg. Sie können behaupten, mit ihrer Bereitschaft, Hass zu säen, nähmen sie in Wahrheit lediglich Bürgerrechte in Anspruch. Ihre Bewegung sei ganz einfach eine neue Version des Free Speech Movement von 1964. Auf YouTube können sie in einer Sprache, der Gay-Aktivisten den Weg gebahnt haben, die eigene Konversion zum Konservatismus als Coming-out-Story verkaufen. Die konservative Aktivistin Candace Owens erlangte, wie Lewis festhält, YouTube-Berühmtheit, indem sie auf ihrem Kanal – „Red Pill Black“ – ein humorvolles Video einstellte, das den eigenen Eltern ihre politischen Überzeugungen offenbarte. „Mom, Dad? ... Ich bin eine Konservative“ lautete der Titel. Wenn Freunde und Familienangehörige ihre neue Politik anstößig finden, brauchen die Konvertiten sich nicht darauf einzulassen. Schon der Stil, in dem sie ihre Story erzählen, impliziert, dass Rassismus und Nationalismus in Wirklichkeit genauso natürlich und authentisch seien wie die sexuelle Orientierung eines Menschen.

Der identitätszentrierte Liberalismus

Linke Kommentatoren erinnern uns nur zu gerne daran, wie Trump derart wütet und schäumt, dass es selbst dem Weißen Haus nicht gelingt, seine Launenhaftigkeit und Wut zu zähmen. Die gleichen Kommentatoren wundern sich dann, dass an die 40 Prozent der Amerikaner ihn immer noch für einen guten Präsidenten halten. Sie begreifen einfach nicht, dass Trump die Authentizitätspolitik für ein neues Medienzeitalter beherrscht. Was Mainstream-Analysen als psychische Schwäche betrachten, zeichnet Trump in den Augen seiner Fans gerade aus: als den Mann, der ganz er selbst ist. Mehr noch, seine Wut, seine Hasstiraden und sein glühender Narzissmus leben die Gefühle von Leuten aus, die glauben, Immigranten, Frauen und Farbige hätten sie ihrer Rechte beraubt. Trump steht nicht nur zu den eigenen Gefühlen. Er personifiziert die Kümernisse seiner Anhänger. Für seine politische Basis ist er, was Hitler für viele Deutsche oder Mussolini für Italiener war – die lebende Personifizierung der eigenen Nation.

Hier schließt sich der Kreis jenes identitätszentrierten Liberalismus, der seit dem Zweiten Weltkrieg das öffentliche Leben so maßgeblich geprägt hat. Seine Siege sind zahlreich, von den Bürgerrechten und der Legalisierung der Abtreibung bis zur gleichgeschlechtlichen Ehe, und sie haben den amerikanischen Alltag auf dramatische Weise zum Besseren gewandelt. Doch

in Gestalt von Leuten wie Trump und Spencer gestattet das Ausleben des Individualismus – das Einbringen der ganzen Persönlichkeit in den Kontext der politischen Auseinandersetzung, das so lange als Bollwerk gegen Totalitarismus galt – es auch den heutigen Autoritären, eine neuartige Legitimität zu beanspruchen. Vor fünfzig Jahren marschierte die Neue Linke aufs Pentagon in der Hoffnung, den hinter dem Vietnamkrieg stehenden Militärisch-Industriellen Komplex entmachten zu können. Heute attackiert Trump FBI und Justizministerium in der Hoffnung, einen phantastischen Minotaurus namens „der tiefe Staat“ entmachten zu können. Vor fünfzig Jahren verband sich mit der Gegenkultur die Hoffnung auf eine Welt, in der Individuen authentischer sie selbst sein können und in der die Hierarchien von Organisationen und Staaten verschwinden. Heute sind diese hierarchischen Institutionen alles, was noch zwischen uns und einem neuen Personenkult steht.

Wenn die Kommunen der 1960er Jahre uns irgendetwas lehren können, dann dies: Eine Gemeinschaft, die Gesetze und Institutionen durch eine Kakophonie individueller Stimmen ersetzt, bereitet Bigotterie und Niedergang den Boden. Ohne klar formulierte, demokratisch beschlossene Regeln der Ressourcenverteilung ließen die Kommunen es zu, dass unausgesprochene kulturelle Normen ihre Leben regierten. Frauen wurden häufig in die allertraditionellsten Geschlechterrollen zurückgedrängt; informelle „Rassentrennung“ war allgegenwärtig, und charismatische Führungsfiguren – fast immer Männer – setzten sich an die Spitze. Selbst die wohlmeinendsten Kommunen begannen die rassischen und sexuellen Dynamiken zu replizieren, die das Mainstream-Amerika dominierten. Lois Brand erinnerte sich, dass in den Kommunen, die sie und ihr Mann besuchten, Männer „wichtige Dinge“ taten, Kuppelhäuser montierten, beispielsweise, während sie und die anderen Frauen kleine Mengen Chlor ins Wasser kippen durften, um die Kommunarden vor Krankheiten zu schützen.

Lob der Institutionen

So ausgetüftelt Facebooks Algorithmen auch sein mögen, vor der Wiederkehr des Rassismus und Sexismus, die einst den Kommunen zu schaffen machten, können sie uns nicht schützen. Ganz im Gegenteil haben Social-Media-Plattformen dazu beigetragen, solche Übel im Weltmaßstab zu beleben. Und mittlerweile sind diese Systeme tief verankert. Social-Media-Technologien haben enorme Konzerne hervorgebracht, die durch Vermessung und kommerzielle Ausbeutung der sozialen Welt das große Geld machen. Genau wie die extraktiven Industrien früherer Jahrhunderte sind sie hochgradig motiviert, ihre Territorien auszuweiten und die lokalen Eliten ihrem Willen gefügig zu machen. Setzt man sie nicht massiv unter Druck, gibt es für sie wenig Anreiz, über ihre Aktionäre hinaus der Öffentlichkeit zu dienen. Unternehmen wie Facebook und Twitter beginnen, unseren öffentlichen Raum im gleichen Grade zu dominieren, wie einst Standard Oil die Petrochemie beherrschte. Sie sollten Antikartellgesetzen gehorchen müssen. Wir

haben jedes erdenkliche Recht, an Social-Media-Firmen die gleichen Maßstäbe anzulegen, mit denen wir andere extraktive Industrien behandelten. Wir können es ihnen nicht gestatten, die Gebiete, in denen sie schürfen, zu verseuchen oder ihre Beschäftigten, Anwohner oder die Anwender ihrer Erzeugnisse zu schädigen.

Wie Tim Wu, Rechtsprofessor an der Columbia University, feststellt, ermöglichen Social-Media-Unternehmen eine neue Form der Zensur, indem sie Nutzer – Menschen und Roboter – befähigen, die Inboxes ihrer Feinde zu fluten, um sie mundtot zu machen. Dabei gibt es – wenig beachtete – Bestimmungen im Ersten Verfassungszusatz, mit denen sich solche Prozesse radikal entschleunigen ließen. Auch gibt es Alternativen zu jener Gewohnheit gewordenen Praxis, dass unsere sozialen Medien in Privatbesitz oder als Aktiengesellschaften betrieben werden. Einige Möglichkeiten zeigen sich bereits mit den in der Computerbranche selbst entwickelten Sharing-Praktiken, beispielsweise dem Open-Source-Code oder der „Copyleft“-Rechteevergabe. Eine internationale Wissenschaftler- und Technikergemeinde bemüht sich seit einiger Zeit darum, Online-Plattformen in Kollektiveigentum zu schaffen. Nathan Schneider, der an der University of Colorado lehrt und zu den Köpfen der Initiative zählt, hat darauf hingewiesen, dass Kooperativen im Mitgliederbesitz elf Prozent der in Amerika verkauften Elektrizität erzeugen. Wenn soziale Medien für unser Leben ebenso wichtig sind wie Strom, fragt er, warum sollten wir uns nicht daran machen, sie in Besitz zu nehmen und selbst zu betreiben?

Das ist eine gute Frage. Allerdings erfasst sie die historische Besonderheit unserer Situation nicht so recht. Der neue Autoritarismus, für den Spencer und Trump stehen, ist nicht allein das Produkt derer, denen die heutigen Medien gehören. Es handelt sich eben auch um ein Produkt der politischen Vision, die ganz am Anfang der Schaffung sozialer Medien steht und die Entwicklung vorantrieb – eine Vision, die öffentlichem Eigentum und dem politischen Prozess misstraut, während sie es als eine alternative Form der Regierungsführung feiert, ganz auf Technik zu setzen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben Kritiker die Legitimität unserer öffentlichen Einrichtungen schlicht und einfach deshalb in Frage gestellt, weil sie bürokratisch seien und nur langsamen Wandel zuließen. Doch Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser zeigen, wie wertvoll solche Eigenschaften sein können. Sie erinnern uns daran, dass die Demokratie mehr tun muss, als ihren Bürgern zu gestatten, sich frei zu äußern. Sie muss ihnen helfen zu leben. Vor allem muss sie darauf hinarbeiten, unseren Reichtum gerechter zu verteilen, und darauf, dass jedes Mitglied der Gesellschaft sowohl unabhängig als auch sicher ist. Das sind Aufgaben, deren Lösung intensive Verhandlungen zwischen Gruppen mit gegensätzlichen materiellen Interessen und oft tief verwurzelten kulturellen Differenzen erfordert. Es setzt die Existenz von Institutionen voraus, die die Ergebnisse solcher Aushandlungsprozesse dauerhaft festschreiben und durchsetzen können. Und es erfordert, dass diese Institutionen in der Pflicht stehen, dem öffentlichen Nutzen Vorrang vor ihrem Eigennutz einzuräumen.

Die heutigen sozialen Medien werden niemals fähig sein, die Demokratie zu verkörpern und ihre schwierige Arbeit zu leisten. Über Computer miteinander verbunden zu sein, ist einfach kein Ersatz für das persönliche Gespräch, Verhandlungen von Angesicht zu Angesicht, langfristige Kooperation und die produktiven Herausforderungen des Zusammenlebens. „Black Lives Matter“ und #MeToo lehren uns, dass soziale Medien ein machtvolles Mittel dafür sind, uns von der Fiktion zu befreien, alles sei gut so, wie es ist. Aber die Aufmerksamkeit, die diese Aktivistinnen und Aktivisten ihren Anliegen verschafft haben, bedeutet nicht viel, wenn der Wandel, den sie fordern, nicht in klar ausformulierten, anwendbaren Gesetzen fixiert wird. Und so ineffizient, unfair, korrupt und diskriminierend der amerikanische Staat auch sein kann: Die Logik der Repräsentation, auf der er basiert, ist nach wie vor das wirkungsvollste Mittel, über das wir verfügen, um die gerechte Verteilung unseres kollektiven Reichtums zu bewirken.

Während neue Medien unsere öffentliche Existenz imprägnierten und aus den Kindern der 1960er die Eliten unserer Tage wurden, haben wir gelernt, dass wir unser Innenleben für die Außenwelt sichtbar machen müssen, sofern wir einen Platz auf der politischen Bühne erstreben. Wir müssen sagen, wer wir sind. Wir müssen uns offenbaren. Wenn Richard Spencer sich als Angehöriger einer viktimisierten Minderheit ausgibt oder wenn Donald Trump seiner Wut auf Twitter ihren Lauf lässt, bedienen diese Leute sich derselben Taktiken wie einst die Protestler der 1960er Jahre oder übrigens auch die Teilnehmer der #MeToo-Bewegung heute. Diese Feststellung zu treffen heißt nicht, dass ihre Anliegen irgendwie gleichwertig seien – ganz und gar nicht. Aber ob sie nun lügen wie Trump oder lang verdrängte Wahrheiten enthüllen wie die Teilnehmer der #MeToo-Bewegung: Wer heute im öffentlichen Raum Durchsetzungsmacht beansprucht, muss seine ganz eigene Sprache sprechen. Man muss die authentische Individualität an den Tag legen, von der die Mitglieder des „Committee for National Morale“ einst dachten, sie könne *das* Bollwerk gegen den Totalitarismus sein, draußen in der Welt wie zu Hause.

Wahrheiten auszusprechen, war immer nötig, wird aber nie ausreichen, unsere Demokratie zu bewahren. Es ist an der Zeit, von der Phantasie abzulassen, Techniker könnten unsere Politik für uns besorgen und alles, was wir tun müssten, um die Welt zu verändern, sei, unsere Sehnsüchte in den öffentlichen Foren zu artikulieren, die diese Techniker bereitstellen. Im 20. Jahrhundert glaubten Amerikaner sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten lange Zeit, die staatlichen Organe seien der Feind und Bürokratie sei per definitionem totalitär. Genau diese Institutionen gilt es heute wiederzubeleben. Wir müssen die langwierige schwere Arbeit leisten, die aus unseren Erfahrungen entspringenden Wahrheiten in Gesetzesform zu gießen.